

## **Entschließungsantrag** **der Fraktion der CDU/CSU**

### **zur Beratung des Agrarberichts 1980 der Bundesregierung** **– Drucksachen 8/3635, 8/3636 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

- angesichts der von ihr selbst im Agrarbericht 1980 dargelegten schwierigen wirtschaftlichen Situation der deutschen Land- und Forstwirtschaft entsprechend dem Landwirtschaftsgesetz unverzüglich Maßnahmen einzuleiten oder vorzuschlagen, die es der deutschen Land- und Forstwirtschaft ermöglichen, an der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland angemessen teilzunehmen;
- wieder wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der deutschen Land- und Forstwirtschaft ermöglichen, aus eigener Kraft ihre wirtschaftlichen und strukturellen Probleme zu lösen;
- vor allem die von der EG-Kommission vorgelegten Agrarpreisvorschläge abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß das deutsche nominale Agrarpreisniveau mindestens um die Höhe der Inflationsrate angehoben wird, um ein weiteres Absinken der landwirtschaftlichen Einkommen zu verhindern;
- dafür zu sorgen, daß die Strukturrichtlinien der Europäischen Gemeinschaft vor allem im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung dahin gehend geändert werden, daß die sogenannte Förderschwelle abgeschafft wird und mehr als bisher die Rentabilität der Investitionen, die Eigenkapitalbildung und die Tragbarkeit der Belastungen als Grundlage der Investitionsförderung herangezogen werden;
- dafür zu sorgen, daß in den von der Natur benachteiligten Gebieten die Strukturförderungsbedingungen auch im Inter-

esse der Erhaltung der Landschaft und der Steigerung der wirtschaftlichen Kraft dieser Gebiete verbessert werden und hierfür unverzüglich ein Konzept vorzulegen;

- dafür zu sorgen, daß der deutschen Land- und Forstwirtschaft in ihrer bedrängten wirtschaftlichen Lage auf dem Gebiet der Zahlung von Mehrwertsteuer Gerechtigkeit widerfährt und die Vorsteuerpauschale der überhöhten Vorsteuerbelastung angeglichen wird;
- dafür zu sorgen, daß nach den jahrelangen Ankündigungen eine Hinterbliebenenrente für Witwen landwirtschaftlicher Unternehmer noch in der laufenden Legislaturperiode eingeführt wird;
- darauf hinzuwirken, daß die offensichtlich zuungunsten für den deutschen Unterglasgartenbau bestehenden Wettbewerbsverzerrungen auf dem Energiesektor unverzüglich abgebaut werden;
- dafür zu sorgen, daß Wettbewerbsverzerrungen im Bereich der Geflügelhaltung abgebaut und nicht durch neue, nationale Regelungen verschärft werden;
- ein mittel- und langfristiges Konzept zur Existenzsicherung der deutschen Kutter- und Hochseefischerei vorzulegen.

Bonn, den 19. März 1980

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**